

Beschluss: Landesdelegiertenkonferenz Wismar, 11. Oktober 2014



Die Landesdelegiertenversammlung verabschiedet anlässlich des heutigen europaweiten Aktionstages gegen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA eine Resolution mit folgendem Wortlaut:

STOPPT TTIP, CETA UND TISA!

Für eine grundlegende Wende in der Handelspolitik und eine Stärkung von Menschenrechten und Demokratie!

Weitgehend abgeschirmt von der kritischen Öffentlichkeit verhandeln EU-Kommission und US-Regierung derzeit die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Auch die Parlamente der betroffenen Länder werden nicht ausreichend informiert – sie sollen erst nach Vertragsabschluss mit "ja" oder "nein" abstimmen. Ebenso wurde mit dem Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der EU (CETA) und dem Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA), dem mehrere Staaten angehören, verfahren.

Allen diese Abkommen verfolgen ein Ziel: Es geht um die Etablierung der größten Freihandelszone auf der Erde. Bereits jetzt erwirtschaften EU und USA zusammen fast die Hälfte des globalen Bruttoinlandprodukts – TTIP soll ihre dominante Position in der Konkurrenz zu den sogenannten Schwellenländern absichern. Auch die Menschen in Europa und Amerika haben einschneidende Verschlechterungen ihrer Lebensqualität zu befürchten – nicht nur wegen Genfood, Hormonfleisch und Chlorhühnchen. Es ist zu erwarten, dass demokratische Rechte, soziale Standards, Klimaschutz und Finanzmarktkontrolle auf dem jeweils niedrigsten Level „harmonisiert“ werden sollen. TTIP, CETA und TiSA sollen die Macht der Konzerne stärken und die Gestaltungsmöglichkeiten der Gesellschaft massiv einschränken.

Auf vielen Ebenen kämen uns die Handelserleichterungen für Großkonzerne teuer zu stehen. So sollen ausländische Investoren vor Schiedsstellen gegen Staaten klagen können, wenn Gesetzesänderungen ihre Investitionen oder Gewinnerwartungen einschränken. Gesetzliche oder andere Regelungen (z. B. Tarifverträge) zu Gunsten von Umweltschutz, Arbeitsrecht, Gesundheitsschutz, Sozialstandards u. a. können von Konzernen mit der Begründung der „Gefahr von Gewinneinschränkungen“ vor Schiedsgerichten verhindert werden. Betroffen sind damit nicht nur aktuelle Regelungen, sondern auch solche, die zukünftige Situationen erforderlich machen.

Während inländische Unternehmen sich in Fällen der angeblichen Wettbewerbsverzerrung an die allgemeinen Rechtswege halten müssen, sollen internationale Investoren also Sonder-Klagerechte in einem zweiten, völlig intransparenten Rechtssystem bekommen. In diesem System entscheiden keine ordentlichen Gerichte, sondern private, hochbezahlte Juristen. Unabhängigkeit, Rechenschaftspflichten oder Revisionsmöglichkeiten gibt es nicht. Die Zahl solcher Schiedsverfahren steigt weltweit und oft geht es um milliardenschwere Entschädigungsforderungen, die vom Steuerzahler beglichen werden sollen. Eine weitere Zunahme möglicher Verfahren hätte unweigerlich eine „disziplinierende“ Wirkung auf Regierungen: lieber auf Verbesserungen im Verbraucherschutz, im Sozial- oder Umweltbereich etc. verzichten, als sich mit Großkonzernen anlegen.

Die Freihandelsabkommen schreiben vor, dass alle Dienstleistungen (außer Justiz und Polizei) vertragsweit d. h. in Europa und den USA bzw. in Kanada ausgeschrieben werden müssen. Darunter fallen alle Ver- und Entsorgungen, kommunales Verkehrswesen, Gesundheitsvorsorge, Bildung (Theater, Volkshochschulen, Museen, Büchereien) soziale Dienste u.v.a. kurz der gesamte Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge. Die derzeitigen Probleme durch die Privatisierung der Trinkwasserversorgung in weiten Teilen Frankreichs, London, Berlin, Braunschweig und vielen anderen Städten sowie in Lateinamerika, Afrika und USA durch die Konzerne Veolia, Suez und Nestlé machen schon jetzt die Gefahren der Privatisierung kommunaler Dienstleistungen deutlich.

Nach Verabschiedung der Abkommen wäre die Rekommunalisierung, d. h. die Rückführung in kommunale Zuständigkeit von Leistungen, die schon einmal an Private vergeben wurden, nicht mehr möglich.

In der Folge käme es zur weiteren Schwächung der Demokratie. Die Herrschaft von Konzernen und Banken würde zunehmen.

Der Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Mecklenburg-Vorpommern lehnt die neoliberale Ausrichtung von TTIP, CETA, TISA ab und setzt sich im Bündnis mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen dafür ein, diese Abkommen zu verhindern bzw. zu stoppen.

Wir fordern:

- **Transparenz und Öffentlichkeit bei allen Verhandlungen von Handelsabkommen**
- **die Beteiligung nationaler Parlamente und Länderparlamente**
- **kein Aushebeln von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch Investor-Staats-Klagen in privaten Schiedsgerichtsverfahren – weder in Europa, noch in Kanada oder den USA**
- **Keine Aushöhlung hart errungener, hoher Klima-, Umwelt-, Verbraucherschutz-, Lebensmittel- und Datenschutzstandards in Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland und Europa: Soziale und ökologische Standards müssen gewahrt bleiben. Wir sagen nein zu Gen-Food, Chlorhähnchen und Hormonfleisch.**
- **Keine Gefährdung der kommunalen Gestaltungshoheit bei der Daseinsvorsorge in den Bereichen Abfall, ÖPNV und bei den sozialen Dienstleistungen: Wir wollen keine Privatisierung der öffentlichen Wasserver- und Abwasserentsorgung durch die Hintertür.**

Statt Profitinteressen von Konzernen müssen in den weltweiten Handelsbeziehungen Menschenrechte, Demokratie und Umwelt an die erste Stelle gesetzt werden!

Wir unterstützen – nachdem die EU-Kommission eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) mit fragwürdiger Begründung nicht zuließ – die Selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA. Wir sagen an der Seite eines Bündnisses aus 250 Organisationen aus 21 EU-Ländern : Jetzt erst recht!

Verhandlungsmandat für TTIP aufheben, CETA nicht abschließen!